

## ***Cecil von Renthe-Fink***

### ***Ein europäischer Staatenbund als freiwillige Zusammenarbeit selbständiger Nationen***

9.9.1943<sup>1</sup>

#### Einleitung

*Cecil von Renthe-Fink, geboren 1885, war Sohn eines Generalleutnants, studierte Jura und Volkswirtschaft in Genf, München und Berlin, schloss das Studium 1906 mit dem Referendars- und Doktorexamen ab und nach dem Assessorenexamen 1911 in den diplomatischen Dienst.<sup>2</sup> Schon 1913 war er - protegiert von seinem Onkel dem Staatssekretär Carl von Schubert - Attaché an der Botschaft in Istanbul. Im 1. Weltkrieg dient er sich bis 1916 zum Oberleutnant herauf. Dann finden wir ihn als Legationssekretär an der Gesandtschaft in Bern. 1920 ist er im Auswärtigen Amt tätig. Ab 1922 ist er Gesandtschaftsrat an der Botschaft in Paris und avanciert 1924 zum Generalsekretär der Internationalen Elbekommission, 1926 gar zum vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1933 wurde er vom Außenminister Neurath zum Dirigenten der West-Abteilung ebenda berufen. 1936 war er Gesandter in Kopenhagen. Zur Zeit der Abfassung des hier wiedergegebenen Dokuments wirkt er wieder im Auswärtigen Amt, um kurz darauf zum Sonderbeauftragter beim französischen Staatschef in Vichy ernannt zu werden. Renthe-Fink gehörte von 1924 bis 1939 der Deutschnationalen Volkspartei an und trat 1939 in die NSDAP ein.*

*Erstfassung Mai 2002*

*Gerd Simon*

- 1) In dem gewaltigen Ringen um die Zukunft Europas erscheinen wir als Vorkämpfer einer neuen, besseren Ordnung, in der alle europäischen Völker einen gerechten und würdigen Platz finden werden. Bisher hatten wir es vermieden, in der europäischen Frage mit einem konkreten Vorschlag hervorzutreten. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Frage, was

---

<sup>1</sup> BA Film 5582 Bl. 514537 - abgedruckt in : Hass, Gerhart/Schumann, Wolfgang (Hg.): *Anatomie der Aggression*. Berlin 1972, S. 198-203 - Weitere Denkschriften, z.T. Anlagen dieser Aktennotiz gehen in ähnliche Richtung. Sie kommen aus der gleichen Quelle mit gleichem Datum und sind an gleicher Stelle abgedruckt

<sup>2</sup> Zu diesem und dem Folgenden s. die PA. Renthe-Fink, NA. Washington T-120 Roll 2338 sowie Pb. Renthe-Fink, *ibid* Role 2539, referiert bei Döscher, Hans-Jürgen: *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der >Endlösung<*. Berlin. 1987, S. 46

## Renthe-Fink: Staatenbund

Deutschland in Europa vorhat, die europäischen Völker aufs stärkste bewegt und ihre Haltung entscheidend bestimmt. Zugleich verlangt die Lage gebieterisch die äußerste Anspannung aller Kräfte Europas für unseren Sieg. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, für die Neuordnung Europas einen Plan zu entwickeln, der geeignet ist, den europäischen Völkern einen Ansporn zu geben, durch ihre Leistung zu unserem Sieg beizutragen. Ihre Befürchtung, daß nach dem Sieg Deutschland von seiner Macht rücksichtslosen Gebrauch machen würde, müßte zerstreut werden.

- 2) Wenn wir jetzt den Gedanken einer staatenbundlichen Lösung, beruhend auf freiwilliger Zusammenarbeit selbstständiger Nationen, aufnehmen würden, so würde bestimmt das Vertrauen der europäischen Völker in unserer Politik gefestigt und ihre Bereitwilligkeit erhöht werden, unserer Führung zu folgen und für unseren Sieg zu schaffen. Diejenigen Kräfte in Europa, die den Bolschewismus fürchten, sich aber durch Deutschland bedroht fühlten, würden künftig weniger versucht sein, nach den mit den Bolschewisten verbündeten Angelsachsen zu schießen. In den besiegten Ländern würde es mit der klaren europäischen Parole, wie sie der europäische Staatenbund bedeutet, möglich sein, mehr Männer für die Waffen-SS zu rekrutieren, die dann zusätzlich für unseren Kampf zur Verfügung stehen. Wir hätten die Grundlage für einen konstruktiven Plan, der eine positive und wirkungsvolle Propaganda ermöglichen würde. Unsere Gegner würden in größte Verlegenheit gebracht werden, da sie unserem Plan nichts Gleichwertiges entgegensetzen hätten. Wir könnten mit Erfolg auf die völlige Unsicherheit und Uneinigkeit der Gegenseite in den Kriegszielen hinweisen, hinsichtlich derer sich die Ansprüche der einzelnen Feindstaaten überschneiden, ja sogar diametral widersprechen. Die Fehler der Gegner in der Behandlung der kleineren Völker könnten in verstärktem Maße ausgenutzt werden.
- 3) Es ist anzunehmen, daß die Tatsache eines geschlossenen und befriedeten Europas in den angelsächsischen Ländern, vor allem in den USA, kriegsverkürzend wirken würde, denn der Krieg würde unter diesen Umständen sinnlos erscheinen. Der Kampfwille der Engländer und Amerikaner würde geschwächt werden, wenn sie den Eindruck erhalten, daß sie die europäischen Staaten nicht befreien, sondern ein in sich einiges Europa angreifen. Roosevelt würde innerpolitisch ein schwerer Schlag versetzt werden, der möglicherweise die Chancen seiner Wiederwahl beeinflussen würde. Der Propaganda gegen Deutschland würden sowohl in den USA wie in England die besten Argumente aus der Hand genommen werden. Auf der anderen

## Renthe-Fink: Staatenbund

Seite würde der Oppositionsgruppen in beiden Ländern zugkräftige Parolen in die Hand gegeben werden, wie die: Was in Amerika geschehen sei, nämlich der Zusammenschluß der Vereinigten Staaten, könne Europa nicht verwehrt werden. Ein Zusammenschluß der europäischen Völker würde sicher ein Ereignis von größter politischer Bedeutung sein. Dies würde auch nicht ohne tiefgehende Wirkung auf die Sowjetunion bleiben, die sich dann dem ganzen europäischen Kontinent gegenübersehe.

- 4) Frankreich: Entscheidend für die Beurteilung der Konsolidierung unseres Kontinents im Ausland ist die Haltung Frankreichs. Sie beeinflußt auf das allerstärkste die Meinungsbildung in der Welt. Laval würde zweifellos einen Vorteil darin sehen, als gleichberechtigtes Mitglied des europäischen Staatenbundes behandelt zu werden, und sich der Hoffnung hingeben, dadurch seine innerpolitische Stellung in Frankreich zu festigen und Frankreichs Position den Siegerstaaten gegenüber zu verbessern. Er würde wahrscheinlich nicht wagen, Deutschland durch eine Absage zu verstimmen. Es wird aber darauf ankommen, Laval im Großen Zusicherungen auf territorialem Gebiet zu geben, weil nur dann die bereitwillige Mitarbeit größerer Kreise des französischen Volkes zu erwarten ist, und weil sonst die mühsam überdeckten Gegensätze früher oder später wieder aufbrechen würden mit dem Ergebnis, daß die ganze Wirkung der Aktion in Frage gestellt wäre. Selbstverständlich dürften durch eine Verständigung mit Laval, die in Verbindung mit dem Eintritt Frankreichs in den europäischen Staatenbund zur Erklärung eines de facto Friedenszustandes führen könnte, unsere Rechte als okkupierende und kriegführende Macht in keiner Weise beeinträchtigt werden, vielmehr müßten dann von Frankreich im Interesse der nunmehr gemeinsamen Aufgaben und Frankreichs eigener Zukunft erhöhte Anforderungen gefordert und von der französischen Regierung feierlich übernommen werden. Zu solchen Anstrengungen würde auch die Gestellung von stärkeren Kontingenten für den europäischen Freiheitskampf rechnen, wodurch kostbares deutsches Blut gespart würde.
- 5) Belgien, Holland, Norwegen: Bei der politischen Bedeutung, die international dem Problem Belgien, Holland, Norwegen beigemessen wird, würde die Wirkung eines Zusammenschlusses der europäischen Nationen ganz wesentlich herabgemindert werden, wenn das Ausland den Eindruck gewänne, daß der von uns geplante europäische Staatenbund diese Länder nicht als gleichberechtigte Gliedstaaten einschließen würde. Belgien und Holland haben seit der Besetzung keine eigene Regierung mehr. Um dem europäischen Staatenbund beizutreten,

## Renthe-Fink: Staatenbund

müßten sie Regierungen erhalten, die als Vertragspartner auftreten können. Wegen der politischen Wirkung sollte man in Belgien zuerst versuchen, den König einzuschalten, weil eine Regierung, die unter seiner Beteiligung gebildet würde, nach außen hin dem Eintritt Belgiens in den europäischen Staatenbund das größte Gewicht verleihen würde. In Holland wird die Schwierigkeit darin liegen, eine Regierung zustande zu bringen, die uns genehm ist, aber auch Autorität im Ausland haben würde.

In Norwegen besteht die Regierung Quisling, deren Autorität aber im Ausland angezweifelt ist.

- 6) Südosteuropa: Was Griechenland und Serbien betrifft, so liegt die Autorität ihrer Regierungen im Ausland günstiger als bei Norwegen. Ihre Beteiligung am europäischen Staatenbund dürfte bei Einigkeit der Achsenmächte keine ernsteren Schwierigkeiten bereiten.
- 7) Osten:
  - a) Je mehr in Estland, Lettland und Litauen die Erinnerungen an die bolschewistische Herrschaft schwindet, um so stärker wirkt sich die feindliche Propaganda aus, daß sich durch die deutsche Besetzung an der Lage der Ostvölker nicht viel geändert habe. Erst wenn diesen Völkern für die Zukunft gewisse Zusicherungen gemacht werden, würden sie uns wirklich als Befreier vom bolschewistischen Joch anerkennen und zu einem freiwilligen aktiven Einsatz auf unserer Seite veranlaßt werden. In den skandinavischen Ländern, insbesondere Finnland, würde solches Vorgehen lebhaft begrüßt werden. Es würde England in eine sehr unbequeme Lage bringen und für die Politik der Sowjetregierung eine neue Schwierigkeit bedeuten.
  - b) Trotz der großen Bedeutung, die dem polnischen Problem im Ausland beigelegt wird, wird die Einbeziehung Polens als Gliedstaat in den Staatenbund nicht in Frage kommen. Wenn die internationale Diskussion das Thema aufgreift, könnte man erwidern, daß die endgültige Lösung des polnischen Problems vorbehalten bleiben müßte, da sie von der Bewährung des polnischen Volkes während der Kriegszeit abhinge. Man könnte auch daran denken, eine Art Scheinregierung in Polen zu bilden. Wir würden aber wahrscheinlich damit unsere jetzigen Bewegungsfreiheit einengen, ohne einen entsprechenden politischen Erfolg zu erzielen.

## Renthe-Fink: Staatenbund

- c) Für die besetzten russischen Gebiete ließe sich vielleicht eine ähnliche Formel wie für Polen finden. Es ist klar, daß die Hoffnung, nach Bewährung im Kriege eine gewisse Selbständigkeit zu erhalten, zur Befriedung der besetzten Gebiete ganz wesentlich beitragen und einen starken Impuls geben würde, nicht nur alle Kräfte arbeitsmäßig für unseren Sieg einzusetzen, sondern auch in größerer Zahl als bisher auf unserer Seite mit der Waffe zu kämpfen. Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch die Wlassow-Bewegung zu berücksichtigen.
- 8) Neutrale: Solange der Krieg dauert, ist nicht darauf zu rechnen, daß sich Schweden, Schweiz und Portugal am europäischen Staatenbund beteiligen würden. Ihre Teilnahme ist aber nicht von entscheidender Bedeutung, da die Befriedung Europas nicht von ihnen, sondern von den anderen Staaten abhängt, die sich bisher feindlich gegenüberstanden.
- 9) Gefährdet das Einschwenken auf die Linie des Staatenbundes unsere politischen Ziele in Europa? Diese Frage ist zu verneinen. Machtmäßig geben wir nichts aus der Hand. Unsere Rechte als okkupierende und kriegsführende Macht dürften selbstverständlich in keiner Weise beeinträchtigt werden. Ebenso käme die Wiederherstellung auswärtiger Vertretungen der besiegten Staaten vor Beendigung des Krieges nicht in Betracht. Dagegen könnte man sich denken, daß ihnen, wenn es für zweckmäßig gehalten würde, die Errichtung eigener Vertretungen in Berlin gestattet werden könnte.

Was die Gebiete betrifft, deren Zusammenschluß mit Deutschland angestrebt wird, so würde ihre Aufnahme in den europäischen Staatenbund die erste Etappe auf dem Wege zu dem gesteckten Ziel bedeuten. Die betreffenden Gebiete würden damit politisch in unsere Interessensphäre einbezogen werden. Sollte es erforderlich erscheinen, so könnten wir uns vorher durch Abkommen mit ihnen die Rechte sichern, auf die wir unbedingt Anspruch erheben müssen. Wenn wir den Gegner auf allen Fronten niedergedrückt haben, tritt von selbst eine neue Lage ein, die uns ohne weiteres gestattet, unseren Kontinent so zu gestalten, wie es uns zweckmäßig erscheint. Das Großgermanische Reich würde dann eine Selbstverständlichkeit sein.

- 10) Wenn die Gründung des europäischen Staatenbundes in Angriff genommen werden sollte, würden vorerst folgende 13 Staaten in Frage kommen:

Deutschland, Italien, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Finnland, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Kroatien.

## Renthe-Fink: Staatenbund

In die Gründungsakte könnten die aus der Anlage 1<sup>3</sup> ersichtlichen Grundsätze festgelegt werden.

Zuerst müßte eine Verständigung mit Italien erfolgen, bei der sich die Aussprache voraussichtlich auf folgende Punkte erstrecken würde:

- a) grundsätzliche Frage,
- b) geeigneter Zeitpunkt,
- c) europäische Staaten, die am Gründungsakt beteiligt werden sollen (Voraussetzungen für die Zuziehung Frankreichs, Serbiens und Griechenlands),
- d) europäische Staaten, die später eingeladen werden sollen (Neutrale, vor allem Spanien),
- e) europäische Länder, bei denen die Möglichkeit des späteren Eintritts vorbehalten bliebe (Belgien, Holland, Ostvölker),
- f) politisches Problem,
- g) Einstellung zur Türkei,
- h) Inhalt der Gründungsakte,
- i) Einigung über die politische Linie, die nach dem Gründungsakt in der europäischen Frage zu erfolgen hätte (Ausarbeitung der Bundesakte),
- k) gemeinsame Abstimmung der Propaganda, wobei auch Japan zu berücksichtigen wäre.

Dann würde in erster Linie mit Laval, den Finnen und den Südoststaaten zu verhandeln sein, um sicher zu sein, daß von dieser Seite keine Schwierigkeiten kommen können.

Der Gründungsakt müßte an einem sicheren Ort in Deutschland stattfinden. Wenn nicht nur die Regierungschefs und Außenminister, sondern auch die Staatsoberhäupter anwesend sein sollten, würde der Führer präsidieren. Der Gründungsakt würde in ähnlichen Formen wie die Erneuerung des Antikominternpaktes 1941 vor sich gehen.

- 11) Die Gründung des europäischen Staatenbundes würde erst nach einem bedeutenden militärischen Erfolg in Frage kommen, z.B. wenn die Angriffe der Angelsachsen auf dem Kontinent abgeschlagen sind. Im gegenwärtigen Stadium des Krieges würden voraussichtlich verschie-

---

<sup>3</sup> s. o. „Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes“ 9.9.43

## Renthe-Fink: Staatenbund

dene unserer Bundesgenossen, vor allem Finnland, wegen USA Hemmungen haben, sich zu beteiligen, so sehr sie an sich den Gedanken der föderativen Ordnung begrüßen würden.

Zunächst würde es sich nur darum handeln, unsere Sprache auf die staatenbundliche Linie einzustellen.

In der Anlage sind Leitsätze<sup>2</sup> beigefügt, die unserer Propaganda als Richtlinie dienen könnten.

Wenn die Italiener den Krieg an unserer Seite fortsetzen, wird eine Abstimmung mit ihnen vorzunehmen sein. Der Plan der Neuordnung Europas auf staatenbundlicher Grundlage würde Italiens Wunsch, daß wir den kleineren Völkern beruhigende Zusicherungen geben, erfüllen. Unser Achsenpartner würde von der Besorgnis befreit sein, daß Deutschland die Aufrichtung einer deutschen Hegemonie in Europa anstrebt. Italiens Politik, die in der europäischen Frage seit einiger Zeit eigene Wege gegangen ist, würde wieder mit uns auf ein- und dieselbe Linie gebracht werden.

Würden die Italiener den Krieg nicht fortsetzen, so würde eine klare Definierung unserer europäischen Position politisch um so wichtiger sein. Es ist anzunehmen, daß dann der Führer zur Lage nur zu unseren Kriegszielen eine Erklärung abgeben würde. Dies könnte die Gelegenheit zur Feststellung geben, daß Deutschland die Neuordnung auf föderativer Grundlage wünsche.